

Strahlend

Durch Düsseldorf rollen Castor-Transporte gegen den Widerstand von AnwohnerInnen.

S.2

Alles in Ordnung?

Der Haushalt spiegelt die Machtverhältnisse wieder. DIE LINKE fordert die soziale Umverteilung.

S.3

Nicht ernst genommen

Beschwerden von BürgerInnen werden von der Verwaltung abgebügelt. Es kam zum Eklat.

S.4

Umdenken nötig

Immer mehr Verkehr in der Stadt. Die Ratsfraktion DIE LINKE. fordert ein neues Verkehrskonzept für Düsseldorf.

S.6

Ab nach Flingern



© Düsseldorf Marketing & Tourismus GmbH

Was kostet uns Lena?

Dienstaufsichtsbeschwerde wegen Missachtung demokratischer Regeln

„Wir alle sind Lena“, „OB Elbers: So krallte ich mir Lena“, „Ganz Düsseldorf freut sich“, dies sind nur einige Schlagzeilen der kommunalen Boulevard-Presse, nachdem bekannt wurde, dass der Eurovision Song Contest nach Düsseldorf kommt. Wo stand aber, was den DüsseldorferInnen dieser Spaß kostet, auf was verzichtet werden muss?

Real kommen enorme Kosten und Einschränkungen auf die Stadt und ihre EinwohnerInnen zu. So ist im Gespräch, vom 1. bis zum 14. Mai alle öffentlichen Baumaßnahmen zu stoppen. Dies bedeutet nicht nur, dass den Baufirmen in dieser Zeit erhebliche Kosten entstehen, die von der Stadt getragen werden müssen, sondern die DüsseldorferInnen werden entsprechend länger durch Stau und Lärm belästigt.

Drei Heimspiele kann Fortuna Düsseldorf nicht in der Esprit-Arena austragen. Das traditionsreiche aber viel zu kleine Paul-Janes-Stadion in Flingern soll als Ausweichstadion herhalten. Für diesen Zweck soll es für diese drei Spiele von 7.200 auf eine Kapazität von 17.200 Zuschauerplätzen ausgebaut werden.

Das wird bis 1,2 Millionen Euro kosten. Die Stadt gibt also ca. 400.000 Euro pro Spiel aus, damit nicht wie üblich ca. 30.000 Zuschauer das Spiel sehen können sondern nur 18.000. Eines dieser Spiele ist gegen Alemannia Aachen. Das wollen sicher mehr als 30.000 Fans sehen. Zum gleichen Zeitpunkt findet der Düssel-Marathon statt. Große Teile der Stadt sind dann für den Verkehr gesperrt. Wie die Stadt das logistisch lösen will, wird ein Rätsel bleiben.

Völlig ignoriert die Stadtverwaltung offensichtlich, dass zeitgleich die Messe „Interpack“ stattfindet. 2.600 Aussteller und 180.000 Besucher werden erwartet. Die Messe ist nur mit den gleichen ÖPNV-Verkehrsmitteln zu erreichen wie die Esprit-Arena.

Im nichtöffentlichen Teil der Ratssitzung am 4. November bekam der Rat der Stadt völlig unvorbereitet einen ersten Antrag zur Bewilligung von 9,2 Millionen vorgelegt. Üblicherweise werden derartige Ausgaben zunächst im Haupt- und Finanzausschuss beraten, doch der wurde glatt übergangen. Bereits am 10. Oktober hat Oberbürgermeister

Elbers gemeinsam mit Bürgermeisterin Strack-Zimmermann einen Geheimvertrag mit dem NDR über die Durchführung der Veranstaltung abgeschlossen, ohne mit einem gewählten Gremium der Stadt darüber zu sprechen. In der Ratssitzung äußerte Elbers den Wunsch, dass dies auch geheim bleiben möge. Dies Verfahren zeigt, wie selbstherrlich OB Elbers demokratische Spielregeln außer Kraft setzt.

Die Fraktionen der SPD, der Grünen und DIE LINKE. äußerten gleichermaßen ihre Empörung über dieses Vorgehen. Nachdem sie kräftig geschimpft hatten stimmten SPD und GRÜNE diesem undemokratischen Vorgang mehrheitlich zu. Nur die Ratsfraktion DIE LINKE. stimmte dagegen.

Die Frage steht also im Raum: Wie ist die Bewerbung der Stadt Düsseldorf überhaupt zustande gekommen? Auch ein Oberbürgermeister muss sich an demokratische Regeln und Vorschriften halten. Die Ratsfraktion DIE LINKE. hat deshalb eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den OB bei der Bezirksregierung eingereicht.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

DIE LINKE Düsseldorf hat bei der Kommunalwahl 2009 sehr erfolgreich abgeschnitten. Fünf Mitglieder bilden die Fraktion im Rat der Stadt Düsseldorf. Dies zeigt, dass immer mehr EinwohnerInnen Düsseldorfs verstehen: DIE LINKE ist es, die die Interessen von großen Teilen der Bevölkerung vertreten. In der kommunalen Presse findet man leider selten Berichte über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. im Rat. Private Medien haben wirtschaftliche Interessen und sind profitorientiert. Dem steht unsere Forderung nach einer sozial gerechten Gesellschaft entgegen.

Damit Sie, liebe Leserinnen und Leser, sich aber ein Gesamtbild über die politische Arbeit im Rat, in den Ausschüssen und in den Bezirksvertretungen in Düsseldorf machen können, wird in Zukunft regelmäßig im „R(h)einblick“ über Anträge, Anfragen und Initiativen der LINKEN berichtet. Nur so können die EinwohnerInnen erfahren, dass wir es sind, die sich auf allen Ebenen für mehr Mitwirkung und bessere Information der Bevölkerung einsetzen: Zum Beispiel für bezahlbaren Wohnraum, für ein Sozialticket, für mehr Radwege, aber gegen Hartz IV und gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen in Düsseldorf kämpfen.

Die Berichte im R(h)einblick zeigen aber auch, dass Widerstand gegen die neoliberale Politik erfolgreich sein kann, er soll Mut machen zur Mitarbeit und zum politischen Engagement.

Mit freundlichem Gruß

Gilbert Yimbou
Fraktionsvorsitzender der
Ratsfraktion DIE LINKE, Düsseldorf

Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf
Telefon 0211 8995123
Bürozeiten: Mo.- Fr. von 10-14 Uhr
info@linksfraktion-duesseldorf.de
www.linksfraktion-duesseldorf

Bezirksvertretung 08 grenzt aus

„Gruppendynamische Störungen“ will die CDU/SPD/GRÜNE/FDP-Mehrheit der Bezirksvertretung 08 vermeiden. Dies soll nach einem Antrag dieser vier Parteien durch eine andere Verteilung der Bänke auf dem Gertrudisplatz erreicht werden.

So sollen die BürgerInnen, die die kreisförmig aufgestellten Bänke für ihre sozialen Kontakte nutzen, nicht mehr kommunizieren können. Bei schönem Wetter treffen sich bei den Sitzgruppen auf dem Gertrudisplatz Menschen, die zum großen Teil alleine leben und auf Hartz IV oder Grundsicherung angewiesen sind.

Lutz Pfundner, Vertreter der Partei DIE LINKE in der Bezirksvertretung 08 stellte den Änderungsantrag, das die Bänke zwar restauriert, die Position jedoch unverändert bleiben müsse. Die BezirksvertreterInnen von CDU, FDP, SPD und Grünen lehnten dies ab. Es ist ein weiteres Beispiel wie den sozial Schwachen immer mehr Lebensqualität genommen wird. Es wird nicht die Armut sondern es werden die Armen bekämpft.

Stadt soll Bioheizkraftwerk bauen

Im Ausschuss für Umweltschutz stellte die Ratsfraktion DIE LINKE den Haushaltsantrag, dass die Stadt Düsseldorf die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellt, den Biomüll kostenlos durch die Avista einzusammeln. Hierzu sei die kostenlose Aufstellung von Biotonnen erforderlich. Die Restmülltonnen können entsprechend verkleinert und kostengünstiger an die EinwohnerInnen abgegeben werden. Wortgenau geht der Antrag so weiter: „Die Stadt schreibt einen Auftrag zum Bau einer Vergärungsanlage mit anschließendem Bioheizkraftwerk aus, das mit dem entstehenden Biogas betrieben wird. Die Anlage soll für mittelfristig zu erwartenden 70000t/a Biomüll aus dem Düsseldorfer Stadtgebiet ausgelegt sein. Dafür werden 5 Millionen Euro bereitgestellt.“ Hier sollte sich Düsseldorf ein Beispiel an Münster nehmen. Dort besteht eine derartige Anlage bereits seit 1997 und es werden jährlich 18.000 Tonnen Biomüll in Energie umgesetzt. Diese erneuerbare Energie ist eine sinnvolle Ergänzung zur Solarenergie und ein Schritt in eine CO²-freie Zukunft.

Strahlendes Düsseldorf

Castor Transporte rollen durch Düsseldorf

Der Castor Transport nach Gorleben sorgte auch in Düsseldorf für Aufsehen. Die Ratsfraktion DIE LINKE hatte zur Ratssitzung am 30. September auf Wunsch von AnwohnerInnen eine Anfrage gestellt, in der sie unter anderem nach einem Evakuierungs- und Rettungskonzept fragte, um bei einem eventuellen Katastrophenfall während eines Atommülltransportes durch Düsseldorf angemessen reagieren zu können. Mit der fadenscheinigen Begründung, dass in der Anfrage eine politische Wertung enthalten sei, nahm OB Elbers mit den Stimmen von CDU, FDP und SPD die Anfrage von der Tagesordnung. Erst nachdem von der Ratsfraktion DIE LINKE das Verwaltungsgericht mit einem Eilverfahren eingeschaltet

wurde, reagierte das Rechtsamt der Stadt Düsseldorf und beantwortete die Anfrage zu Castor-Transporten durch Düsseldorf. Die ausweichenden Antworten lassen vermuten, dass ein Konzept für den Katastrophenfall schlichtweg nicht existiert. Zwar wird auf regelmäßige allgemeine Übungen der Feuerwehr verwiesen, speziell am Staufenplatz Tunnel hat es bisher aber keine Katastrophenschutzübungen gegeben.

Die meisten DüsseldorferInnen wissen nicht, dass regelmäßig Atommülltransporte durch Düsseldorf fahren. Laut Bezirksregierung Düsseldorf fahren bereits jetzt im Schnitt 1,3 Atomtransporte pro Woche von und zur Atommüllkonditionierungsanlage Duisburg und damit wohl auch durch

Düsseldorf. Im Frühjahr 2011 wird es erneut Transporte durch Düsseldorf geben, wenn insgesamt 152 Castoren mit Brennelementen aus Jülich nach Ahaus transportiert werden sollen.

Immer mehr Menschen empören sich über die Transporte und die Atompolitik der Landes- und Bundesregierung, wie sich erst jüngst in Gorleben zeigte. Gegen zwei Ratsmitglieder wird staatsanwaltlich wegen Aufruf zum Protest gegen die Castortransporte nach Gorleben ermittelt. Die Verspätung des Castortransportes durch Blockaden und „Castor schottern“ ist zwar nur ein symbolischer Sieg, zeigte aber deutlich das Potential und die Breite des Widerstandes, das sich auch durch massive Polizeigewalt nicht aufhalten lässt.

Widerstand hat sich gelohnt

Belegschaft, Betriebsrat und IG Metall erkämpfen Arbeitsplatzabsicherung

Der Aufsichtsrat der ThyssenKrupp Nirosta GmbH in Benrath hat beschlossen, den Standort Benrath zu schließen und die Produktion nach Krefeld zu verlagern. Der Standort besteht seit 134 Jahren und schreibt seit Jahrzehnten schwarze Zahlen. Die Schließung schwächt nicht nur den Industriegürtel Benrath weiter, betroffen sind auch der Einzelhandel und andere Gewerbebetriebe. Es geht um 565 Arbeitnehmer, etwa 150 sollten übernommen, über 400 entlassen werden. Bevor eine Entscheidung überhaupt getroffen war, posaunte die Stadtverwaltung dies bereits mittels Presseerklärung in die Öffentlichkeit. Die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat brachten ein eigenes Konzept ein, um die Arbeitsplätze zu erhalten. DGB-GewerkschafterInnen, KirchenvertreterInnen, Betriebsräte, VertreterInnen des Einzelhandels und VertreterInnen der Ratsfraktionen der LINKE und der SPD gründeten ein Bürgerbündnis um Arbeitsplätze und Standort zu erhalten. Am Freitag, dem 26. November 2010 tagte der Aufsichtsrat in Essen um die Stilllegung und Vernichtung der Arbeitsplätze zu beschließen. Betriebsrat, IG Metall und Belegschaft beschlossen, den Betrieb zu verlassen um nach Essen zu fahren und dem Aufsichtsrat deutlich zu machen, dass sie sich nicht kampfflos in ihr Schicksal ergeben werden.

Diese geplante Aktion machte Eindruck. Bis in die Nacht verhandelten die Betriebsräte mit der Konzernführung. Um Mitternacht waren die Kündigungen vom Tisch. Alle ArbeitnehmerInnen in Benrath erhalten ein Arbeitsplatzangebot in Krefeld zu unveränderten Bedingungen. Über 57jährige können auf frei-

williger Basis ohne finanzielle Nachteile ausscheiden. Betriebsbedingte Kündigungen sind ausgeschlossen. Dass die Schließung des Werkes in Benrath nicht verhindert werden konnte zeigt, wie notwendig volle Mitbestimmung bei unternehmerischen Entscheidungen ist.

Die erzielte Vereinbarung zeigt aber auch, wie wichtig starke Betriebsräte und Gewerkschaften in allen Unternehmen und Betrieben sind. Ohne Betriebsrat, IG Metall und das Bürgerbündnis wären die betroffenen Menschen der Willkür der Konzernführung völlig ausgeliefert. Ohne den Widerstand hätte es keine Vereinbarung gegeben und die Betroffenen und ihre Familien hätten ihre Existenz verloren.

Umso beschämender ist das Verhalten der schwarzgelben Mehrheit im Rat der Stadt Düsseldorf unter Führung von Oberbürgermeister Elbers (CDU) und

Bürgermeisterin Strack-Zimmermann (FDP). In einem Antrag der Fraktion DIE LINKE sollte Elbers aufgefordert werden, nicht nur mit der Geschäftsführung von Nirosta sondern auch mit Betriebsrat und IG Metall zu sprechen. Mit der Begründung, der OB habe schon mit dem Betriebsrat gesprochen verweigerte Strack-Zimmermann als Sitzungsleiterin die Diskussion über die Betriebsschließung.

Dass sie dabei massiv gegen die Geschäftsordnung des Rates verstieß, war ihr egal. Die Ratsfraktion DIE LINKE wird dies nicht hinnehmen und das Verhalten von Strack-Zimmermann gerichtlich überprüfen lassen. In Sonntagsreden von Solidarität mit den BürgerInnen schwätzen, aber wenn es drauf ankommt die Probleme der Menschen aus dem Rat heraushalten, lässt DIE LINKE nicht durchgehen.



Protest vor dem Nirosta Werk in Benrath

Für ein solidarisches Düsseldorf

Die Ratsfraktion DIE LINKE. stellt sich vor



Die Ratsfraktion DIE LINKE. im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf

Von links: **Gilbert Yimbou**, Fraktionsvorsitzender und Mitglied des Haupt- und Finanzausschusses, Rechnungsprüfungsausschusses sowie im Ältestenrat. Er ist aktiv in der IG Metall und war Betriebsrat der Firma Thyssen-Krupp Nirosta. **Dr. Lieselotte Opitz**, Mitglied im Gleichstellungsausschuss und im Seniorenbeirat. Sie war selbständig in der Media-Forschung und -Planung sowie in der Kommunikationsberatung tätig. **Frank Laubenburg**, Vertreter der Fraktion DIE LINKE im Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Liegenschaften. Er ist seit über zehn Jahren Ratsmitglied in Düsseldorf. **Angelika Kraft-Dlangamandla**, Gewerkschaftsangestellte, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Vertreterin der Fraktion im Ausschuss für Gesundheit und Soziales, Mitglied in der Bezirksvertretung 10 (Garath/Hellerhof). **Ergün Durmus**, Industriemechaniker und IG-Metaller, Mitglied im Integrationsausschuss und im Personal- und Organisationsausschuss.

Für einen sozialen Haushalt der Stadt

Ratsfraktion DIE LINKE gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung

Der Haushalt einer Stadt spiegelt wieder, ob es in einer Stadt gerecht und sozial zugeht oder ob die Interessen einer vermögenden Minderheit im Vordergrund stehen. Er zeigt, wie wichtig der politischen Mehrheit Umweltschutz, sicherer und bezahlbarer Öffentlicher Personen-Nahverkehr oder eine preiswerte und umweltgerechte Energiepolitik ist.

Auch die Bereitschaft, Kindern die Möglichkeiten zur Entfaltung zu schaffen und ihre Entwicklung ab frühester Kindheit zu fördern, ist aus einem Haushalt ablesbar.

Es fehlt im Haushalt die Bereitschaft durch kommunalen Wohnungsbau für Alle bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Stattdessen werden Wohnhochhäuser mit Luxuswohnungen geplant. Die Ratsfraktion DIE LINKE fordert im Haushalt den Ankauf von Grundstücken durch die Stadt, um den kommunalen Wohnungsbau zu realisieren.

Im Haushalt müssen die notwendigen Mittel bereitgestellt werden, um mit dem erforderlichen Personal die öffentlichen Aufgaben auf die die EinwohnerInnen einen Anspruch haben, wahrzunehmen. Jetzt will die Stadt im Personalbereich 12 Millionen Euro einsparen. Das entspricht 264 Vollzeit-arbeitsplätze. Wer die Wartezeiten in den Ämtern und Behörden der Stadt kennt weiß, dass sich der Service der

Stadt für die EinwohnerInnen weiter verschlechtern wird. Der Abbau von 264 Arbeitsplätzen bedeutet auf der anderen Seite aber auch 264 Arbeitslose mehr, also zusätzliche Kosten für die Kommune und die Arbeitsagentur. Über 720 Planstellen der Stadt sind bisher nicht besetzt worden mit der Folge von Stress, Mehrbelastung und Arbeitsverdichtung für die MitarbeiterInnen. Ebenso wie der Personalrat der Stadt fordert die Fraktion DIE LINKE, dass diese Stellen endlich besetzt werden.

Auch mit sozialer Gerechtigkeit hat der städtische Haushalt nichts zu tun. Die Ratsfraktion DIE LINKE steuert diesem Missstand durch eine Fülle von Anträgen entgegen. DIE LINKE setzt sich weiter dafür ein, dass die Leistungen des Düssel-Passes verbessert werden. Repressionen gegen Hartz-IV-Bezieher können eingespart werden, ebenso wie unnötige Rechtskosten wegen rechtswidriger Bescheide durch die ARGE. Für Ganztagschulen und Kitas fordert die Ratsfraktion DIE LINKE. Haushaltsmittel für kostenloses Mittagessen in den Haushalten einzustellen. In Kitas muss mehr Personal eingestellt werden.

Sinnvolle Anträge der Linken würden den Haushalt stark entlasten und gleichzeitig eine soziale Umverteilung ermöglichen. Die städtischen Töchter „Sport-Agentur“ und „Tourismus und Marketing GmbH“ sollten im Übergang aufgelöst

und ihre Aufgaben wieder in die Öffentliche Hand übertragen werden. Die unsinnigen Bauvorhaben Entlastungsstraße Derendorf und das Verkehrskonzept Heerdt kann ebenso eingespart werden. Stattdessen fordert DIE LINKE., dass der Haushaltsansatz für den Ausbau des Radwegenetzes von 751.000 auf zwei Millionen Euro erhöht wird. Der Ausbau barrierefreier Haltestellen im Haushalt ist stärker zu berücksichtigen. Die verkehrspolitischen Forderungen sind insbesondere aus ökologischer Sicht wichtig.

Düsseldorf muss eine Stadt werden, in der die EinwohnerInnen sich mit einem preiswerten und attraktiven ÖPNV, auf einem ausgebauten Radwegenetz und in einer gesunden Umwelt fortbewegen können.

Zu einer gesunden Umwelt gehört auch eine umweltbewusste Energieversorgung. Aus diesem Grund hat die Ratsfraktion DIE LINKE das kostenlose Aufstellen von Biotonnen durch die AVISTA und den Bau einer Vergärungsanlage mit anschließendem Blockheizkraftwerk im Umweltausschuss gefordert.

Da die neoliberale Mehrheit diese sinnvolle Investition abgelehnt hat, wird die LINKE diesen Antrag gemeinsam mit einer Fülle sinnvoller, aber von schwarz-gelb abgelehnter, Anträge in den Rat einbringen, um diese wichtigen Anliegen öffentlich zu diskutieren.

Schlamperei im Bauamt

Gemäß eines Berichts der Innenrevision soll es zu Einnahmeausfällen in Höhe von mindestens drei Millionen Euro durch nicht erhobene Mietzahlungen durch das Bauamt gekommen sein. Der Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion DIE LINKE Gilbert Yimbou erklärt dazu: „Nicht nur, dass dieses schon ein Skandal ist, ein weiterer Skandal ist die Tatsache, dass die Fraktionen der Presse entnehmen müssen, dass ein solcher Bericht existiert. Die Fraktion DIE LINKE hat den Oberbürgermeister aufgefordert, den Bericht der Innenrevision allen Ratsfraktionen zur Verfügung zu stellen. Fazit der Innenrevision ist, dass dieser Fehlbetrag von über drei Millionen auf Mängel in der Bearbeitung im Bauamt zurückzuführen ist. Die Ratsfraktion DIE LINKE. erwartet, dass ein Disziplinarverfahren gegen den zuständigen und verantwortlichen Dezernenten eingeleitet wird.“

Wem gehört die Stadt?

Mittlerweile ist das Fachwort „Gentrifizierung“ zum politischen Kampfbegriff geworden. Diese politische Bewegung wird in einem Kongress zum Thema „Wem gehört die Stadt?“ vom 18.-20. März 2011 in Düsseldorf thematisiert. In unzähligen Städten auf der Welt werden unter diesem Schlagwort soziale Bewegungen, theoretische Debatten und politische Kämpfe gegen Vertreibung vereint. Gentrifizierung beinhaltet zunächst die Verdrängung einer Bevölkerungsschicht durch eine wohlhabendere Schicht, wie auch in Düsseldorfer Vierteln beispielsweise in Flingern. Zu diesem Prozess gehören unter anderem Kürzungen im sozialen Bereich und ein erhöhter Druck auf Arme und Arbeitslose. Auch in der Stadtplanung gilt der Leitsatz des Kapitalismus: Geld ist Macht. Der Kongress versteht sich als Teil des politischen Widerstandes gegen kapitalistische Politik, denn die Aufgabe von Anti-Gentrifizierungskämpfen besteht auch darin, die konkreten Auswirkungen in den Vierteln aufzuzeigen, die Argumentationsmuster der Herrschenden zu entschleiern und die Stadtpolitik in Frage zu stellen und eine gerechte und soziale Stadt für alle zu fordern.

Kongress. Vorträge. Podium. AGs. 18.-20. März 2011 im Zakk. Infos und Anmeldung: www.wemgehoerdiestadt.de

Ordnungsdienst im Sozialamt

Erneut wird dieses Jahr für einen überflüssigen und nicht wünschenswerten gewerblichen Ordnungsdienst im Amt für soziale Sicherung und Integration Geld rausgeworfen. Die Leistungsstelle des Sozialamtes hat die Zuständigkeit für Personen, die nach dem Asylbewerberleistungsgesetz anspruchsberechtigt sind.

Diese, ohnehin in besonderer Weise auf Ämtern diskriminierte Personengruppe, wird jetzt also auch noch von einem Ordnungsdienst belästigt, für den keinerlei Notwendigkeit besteht und dessen einzige Aufgabe die Ausübung von Repressionen gegenüber den Anspruchsberechtigten ist. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Abschaffung des Ordnungsdienstes und Einsparung der Mittel, wurde im Ausschuss für Gesundheit und Soziales von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

Angemessene Einmalzahlungen für SozialhilfeempfängerInnen

Im Düsseldorfer Haushalt 2010 wurden die ohnehin viel zu niedrig bemessenen Mittel für Einmalzahlungen für SozialhilfeempfängerInnen um fast 50 Prozent gekürzt. In diesem Jahr wird im Durchschnitt für eine Klassenfahrt, für die Erstausrüstung einer Wohnung inklusive aller Haushaltsgeräte oder für die Erstausrüstung für Bekleidung (einschließlich bei Schwangerschaft und Geburt), 55 Euro zur Verfügung gestellt.

Das alles sind Leistungen, die laut Gesetz zum notwendigen Lebensunterhalt gehören und für die kein Geld in den laufenden Leistungen vorgesehen ist. Das bedeutet im Klartext, dass SozialhilfeempfängerInnen einen rechtlichen Anspruch auf Erstausrüstungen – und deren Kinder auf Klassenfahrten – haben. Das allerdings mit durchschnittlich 55 Euro eine Klassenfahrt oder die gesamte Erstausrüstung einer Wohnung inklusive aller Haushaltsgeräte nicht bezahlt werden kann, ist offensichtlich. Daher forderte die Fraktion DIE LINKE, diese Leistungen realitätsnah zu berechnen und schlug eine Erhöhung des Satzes auf durchschnittlich 200 Euro vor. Dieser Antrag wurde im Ausschuss für Gesundheit und Soziales leider mit den Stimmen der anderen Fraktionen abgelehnt.

DIE LINKE. in den Bezirksvertretungen

Mehr Transparenz und BürgerInnennähe durch BezirksvertreterInnen der Linken

In neun von zehn Bezirksvertretungen in Düsseldorf ist DIE LINKE. mit einem Mandat vertreten. Bezirksvertretungen gibt es in den kreisfreien Städten in NRW. Zu ihren Aufgaben zählen alle Angelegenheiten, deren Bedeutung nicht wesentlich über den Stadtbezirk hinausgehen, unter anderem, die Ausgestaltung von Parkanlagen und Friedhöfen, Unterhaltung von öffentlichen Einrichtungen, Straßen und Plätzen, Namensgebung von Schulen, Plätzen oder Straßen, Standort von Taxisständen, Gestaltung von Haltestellen des Öffentlichen Personen-Nahverkehrs, Verkehrsberuhigung, Information der Bevölkerung usw. Die Bezirksvertretungen verfügen über eigene Haushaltsmittel. Bei den zur Zeit laufenden Beratungen über den städtischen Haushaltsplan wirken sie bei allen Haushaltsansätzen, die ihren Bezirk betreffen, mit.

Jede Bezirksvertretung ist 19 Mitglieder stark. Ihre Sitzungen sind öffentlich. Bisher wurden die Bezirksvertretungen kaum wahrgenommen, obwohl deren Entscheidungen die EinwohnerInnen direkt in ihrem Umfeld betreffen. In acht der zehn Bezirksvertretungen

bestehen schwarzgelbe Mehrheiten. Nur in den Bezirksvertretungen 03 und 08 besteht die theoretische Möglichkeit eine ROT/GRÜN/ROTE Mehrheit zu bilden. Hier hatten die Grünen offensichtlich Angst vor der Möglichkeit, große Teile ihres Kommunalpolitischen Programms durchsetzen zu müssen. Sie koalitierten in der Bezirksvertretung 03 (Oberbilk/Unterbilk/Bilk/Hamm u.a.) mit der CDU/FDP und in der Bezirksvertretung 08 (Lierenfeld/Eller/Vennhausen/Unterbach) mit der CDU. Im Wahlkampf hatte DIE LINKE. gewarnt: „Wer GRÜN wählt wird sich SCHWARZ ärgern.“ So ist es auch gekommen.

Dies hindert die VertreterInnen der Partei DIE LINKE. nicht, sich in den Bezirksvertretungen für mehr Transparenz und für eine stärkere Einbeziehung der EinwohnerInnen in die politische Arbeit einzusetzen.

So beantragten die VertreterInnen der LINKEN, zu Beginn der Sitzungen der Bezirksvertretungen eine EinwohnerInnenfragestunde einzurichten, in der die EinwohnerInnen des Bezirks ihre Fragen und Anregungen an die Bezirksvertretung richten können. Die Themen

sollten den EinwohnerInnen überlassen bleiben. Zumindest in den Bezirksvertretungen 03 und 08 hätten diese Anträge problemlos durchlaufen müssen, denn die SPD hatte im Bezirk 08 mit einem fast gleichlautenden Antrag das gleiche Ziel verfolgt. Da mehr BürgerInnen ein fester Bestandteil Grüner Kommunalpolitik ist, kamen die BezirksvertreterInnen in der Bezirksvertretung 08 aufgrund ihrer schwarz-grünen Koalition in echte Schwierigkeiten. So kam nur ein schlechter Kompromiss heraus, der zwar an drei Sitzungstagen eine EinwohnerInnenprechstunde vorsieht und einmal im Jahr eine Bezirkskonferenz nach dem Vorbild in der Bezirksvertretung 03, aber nur ein kleiner Schritt zu einer wirklichen Einbeziehung der BürgerInnen in die politische Kommunalpolitik ist. Schwarz-gelbe Mehrheiten in den Bezirksvertretungen lehnen diese Initiativen in der Regel ohne jede Diskussion ab. Tagesordnungen und Niederschriften der Bezirksvertretungen sind im Internet unter dem Suchbegriff „Bezirksvertretungen in Düsseldorf“ unter der jeweiligen Bezirks-Nummer abrufbar.

Ausschuss ignoriert Beschwerden...

...und OB Elbers sperrt Ausschussmitglieder der LINKEN aus

Seit die Ratsfraktion DIE LINKE. in Düsseldorf im Anregungs- und Beschwerdeausschuss vertreten ist, beklagt ihr Vertreter Dr. Dieter Sawalies, dass dieser Ausschuss von den anderen Parteien nicht ernst genommen wird. Schon in der letzten Legislaturperiode widersprach kein Vertreter der anderen Parteien im Rat, fest geplante Sitzungstermine abzusagen, weil angeblich kein Erörterungsbedarf bestand und nicht genügend Beschwerdefälle vorlägen. Statt darüber nachzudenken, ob tatsächlich in einer fast 600.000 Einwohner zählenden Großstadt die EinwohnerInnen keine Beschwerden bzw. Anregungen an die Politik vorzutragen hätten, sonnten sich die Verantwortlichen in der Vorstellung einer angeblichen Zufriedenheit ihrer Untertanen.

Dies hat die Ratsfraktion DIE LINKE. nun in Frage gestellt und mindestens zwei Fälle nachweisen können, wo AntragstellerInnen mit ihren Anliegen wegen angeblicher Nicht-Zuständigkeit abgewiesen wurden. Die einzelnen Ausschussmitglieder erfuhren davon nichts. In einer Erklärung protestierte der Vertreter der LINKEN gegen diesen Umgang mit den BürgerInnen und forderte die sofortige Einberufung des Beschwerdeausschusses. Da die an-

deren Parteien dies ablehnten, lud die Ratsfraktion DIE LINKE die beiden Initiativen zu einer öffentlichen Sitzung ein, um an Stelle des Ausschusses dort ihr Anliegen im Beisein der Presse vorzutragen zu können. 50 Minuten vor Beginn der Sitzung wurde die zuvor erteilte Genehmigung zur Benutzung des Sitzungsraumes im Rathaus durch Oberbürgermeister Elbers wieder entzogen und die beschwerdeführenden Eltern, die Initiative „Rettet den Golzheimer Friedhof“, die Ratsfraktion DIE LINKE und die Presse ausgeschlossen. So wurde dann im Fraktionsraum der Ratsfraktion DIE LINKE getagt und deutlich gemacht, dass es hier um haarsträubende Vorwürfe von Gewalt gegen bis zu dreijährige Kinder in einer katholischen Kita in Bilk geht, wo niemand den Eltern zuzuhören bereit ist und auch das Jugendamt sich verschließt, weil es innerkirchliche Vorgänge betreffe.

Ebenso drücken sich die anderen Rathaus-Parteien um die Anregung der Bürgerinitiative „Rettet den Golzheimer Friedhof“, die die Unterstützung des Rates und der BV 01 für die Umbenennung der U-Bahn-Station „Viktoriaplatz/Kleber Straße“ in „Golzheimer Friedhof“ gegenüber der Rheinbahn erbittet. Hier verweigert man sich allein schon der

Diskussion. DIE LINKE hat nun den Ausschussvorsitzenden aufgefordert, allen Ausschussmitgliedern eine vollständige Liste aller eingereichten oder abgewiesenen Eingaben vorzulegen und die Zuständigkeiten noch einmal vom Ausschuss selber grundsätzlich überprüfen zu lassen.

Dieser Aufforderung ist in einem interfraktionellem Gespräch der Ausschuss-Vorsitzende inzwischen gefolgt. Weiterhin wird eine Grundsatzdiskussion über die Regularien und Mittelbereitstellungen im neuen Haushalt für Öffentlichkeitsarbeit des Ausschusses und ein verständlicher Internet-Auftritt eingefordert.

Mit der Stimmenmehrheit von CDU/FDP wurde in der letzten Sitzung im Oktober der Antrag der LINKEN allerdings abgewehrt, die Punkte im öffentlichen Teil der Sitzung zu entscheiden. Es wurde auch nicht entschieden, ob zudem endlich die Eltern- und die Bürgerinitiative zur nächsten Sitzung des Ausschusses angehört werden. Die Düsseldorfer EinwohnerInnen sind eingeladen, ihr Interesse an dieser wichtigen Ausschussarbeit durch zahlreiche Anwesenheit in den öffentlichen Sitzungen deutlich zu machen.

Wachsende Armut in Düsseldorf

Städtischer Bericht bestätigt: Das reiche Düsseldorf ist Armutsspitze

Das soziale Gefälle in Düsseldorf wird an folgenden Zahlen besonders deutlich: Der höchste Anteil an Hartz-IV- oder GrundsicherungsempfängerInnen mit 26,3% besteht in Flingern-Süd, der niedrigste Anteil in Niederkassel mit 1,6%. Düsseldorf besteht aus 49 Stadtteilen, allerdings wohnen in neun Stadtteilen über die Hälfte aller Hartz-IV-BezieherInnen. Noch übler sieht es bei den Kindern unter 15 Jahren aus. In sechs Stadtteilen sind über ein Drittel aller Kinder auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen. In drei Stadtteilen über 50% aller Kinder unter drei Jahre.

Die reiche und schuldenfreie Stadt Düsseldorf liegt nach ihrem eigenen Bericht über dem Landes- und Bundesschnitt bei ihrem Anteil von Menschen, die in Armut leben.

Auf der anderen Seite werden die bestehenden 100 Euro Lernmittel für SchülerInnen gestrichen. Elterngeld, Rentenversicherungsbeiträge und das Übergangsgeld vom Arbeitslosengeld I zu Hartz IV fallen ebenfalls weg. Die Veränderung bei Hartz IV von ca. einer Milliarde Euro stehen Kürzungen in Höhe von ca. 5 Milliarden Euro gegenüber. Die angebliche Erhöhung wird also nicht nur von den Betroffenen selbst finanziert, zusätzlich nimmt man ihnen vier Milliarden.

Keine Infos für Betroffene

Die Ratsfraktion DIE LINKE. stellte im Ausschuss für Gesundheit und Soziales die Anfrage, wie Hartz-IV-BezieherInnen über ihren Anspruch auf Sonderbedarfsleistungen informiert werden und wie viele

mehreren Sprachen geschehen. In der Ausschuss-Sitzung konnte DIE LINKE. einen Teilerfolg verbuchen. Zwar wurden die Hinweisschilder abgelehnt, aber in allen Schreiben der ARGE an Hartz-IV-BezieherInnen soll auf dieses Recht aufmerksam gemacht werden. Ob tatsächlich in Zukunft so verfahren wird, wird DIE LINKE. sehr genau prüfen.

Sanktionen

Ein weiteres wichtiges Anliegen der Linken ist das Thema Sanktionen gegen Hartz-IV-BezieherInnen. Dazu gab es im Mai dieses Jahres den Antrag: „Die Verwaltung wird beauftragt, sich in der Trägerversammlung der ARGE Düsseldorf für eine Aussetzung von Sanktionen gegen ALG-II-BezieherInnen einzusetzen, bis es zu einer Neuregelung des SGB II kommt. Die Landeshauptstadt Düsseldorf schließt sich zudem der Forderung nach einem Sanktionsmoratorium an und unterzeichnet den entsprechenden Aufruf. Diesem Antrag stimmte nur die Ratsfraktion DIE LINKE. zu.“

Sozialticket

Das Thema Sozialticket spielt in der Ratsfraktion DIE LINKE. weiter eine zentrale Rolle. So stellte DIE LINKE. in der Ratssitzung am 4. November erneut einen Antrag mit folgendem Text: „Der Rat der Stadt Düsseldorf fordert die Vertreterinnen der Landeshauptstadt Düsseldorf im Verwaltungsrat der VVR auf, sich dafür einzusetzen, dass das zum 1. 6. 2011 geplante Sozialticket nur 10 Euro statt der geplanten 22,50 Euro kostet, nicht an ein Abonnement gekoppelt ist, rund um die Uhr gültig und kein 9.00 Uhr-Ticket ist.“

In der Begründung erklärte DIE LINKE. Ratsfraktion: „Mobilität ist ein elementares Merkmal unserer heutigen Gesellschaft. Mobilität ist für viele Menschen die notwendige Voraussetzung am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, familiäre Kontakte zu pflegen, sich politisch zu betätigen und am Arbeitsleben teilzunehmen. Das Recht auf Freizügigkeit ist in Artikel 11 des Grundgesetzes (GG), in Artikel 13 der UN-Menschenrechtskonvention sowie in Artikel II, 105 der EU-Grundrechtscharta als Grundrecht festgeschrieben. Dieses Grundrecht kann von Geringverdienerinnen und Menschen die von staatlichen Transferleistungen abhängig sind, nur ausgeübt werden, wenn geeignete Voraussetzungen zur Teilhabe geschaffen werden. Ein Sozialticket ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung.“ Dieser Antrag wurde von allen anderen Fraktionen im Rat abgelehnt.

Die Ratsfraktion DIE LINKE. wird ihren Kampf für die Sozialbenachteiligten in Düsseldorf fortsetzen. Hierbei wird das Thema Hartz IV weiter ein Kernpunkt der Ratsarbeit sein.

Mietrichtwerte für Hartz-IV-Beziehende erhöhen

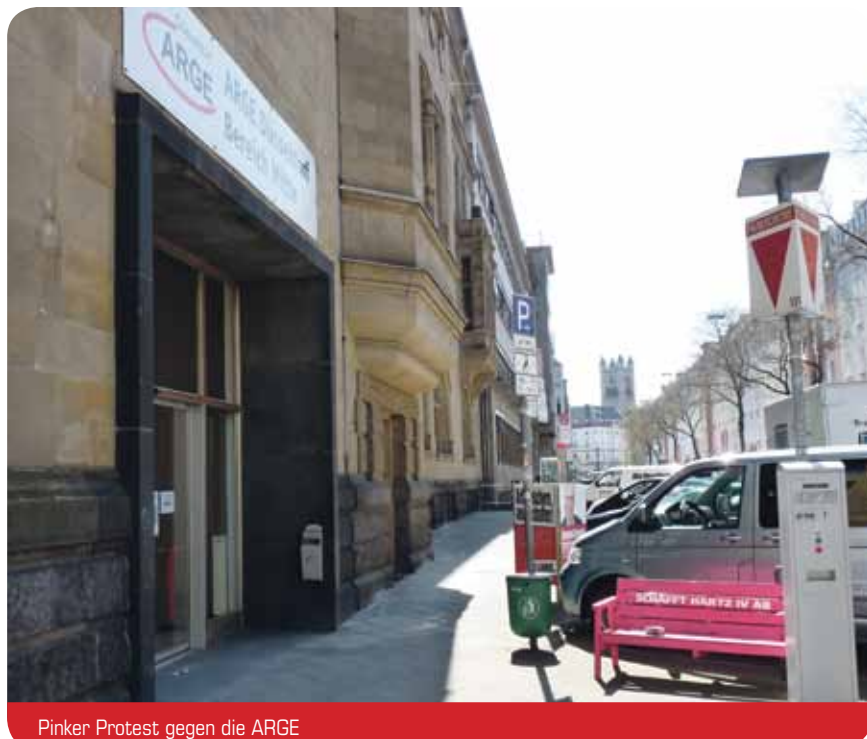
Die LINKE im Ausschuss für Gesundheit und Soziales beantragt für den Haushalt 2011, dass die Sätze für Mehrbedarfe und Miete (Hilfe zum Lebensunterhalt) von 3.100.000 Euro auf 3.954.000 Euro erhöht werden soll. Begründung: „Die Mietrichtwerte sind viel zu niedrig angesetzt. Wohnraum, der diesem Richtwert entspricht, ist in Düsseldorf nicht zu finden. Aus diesem Grund ist auch die Prognose von 435 Euro pro Person und Monat zu niedrig angesetzt. Realistischer wäre eine Summe von 550 Euro. Bei 599 Personen würde sich so der Posten auf 3.954.000 Euro belaufen. Ein höherer Betrag würde den MitarbeiterInnen des Sozialamtes auch signalisieren, dass sie bei den Mehrbedarfen im Sinne der Betroffenen beraten könnten.“

Am Tod verdienen

Der Düsseldorfer Rüstungskonzern Rheinmetall hat den Kauf des südafrikanischen Munitionsherstellers Laingsdale Engineering bekannt gegeben. Der wirtschaftspolitische Sprecher der Ratsfraktion DIE LINKE, Frank Laubenburg, kritisiert den Kauf aufs Schärfste. Der Kauf bedeute eine noch größere Beteiligung an Kriegen und Krisen, da die südafrikanische Rüstungsindustrie vor allem in die Krisenregionen des Nahen Osten und nach Afrika exportiere. Offenbar will die Rheinmetall AG durch ihre Zukäufe selbst die unzureichenden Restriktionen für Rüstungsexporte aus der Bundesrepublik noch umgehen. Es ist nicht hinnehmbar, dass vor den Augen der Öffentlichkeit aus Düsseldorf heraus Kriege ermöglicht werden. Die Ratsfraktion DIE LINKE wird das Thema „Rüstungsexporte aus Düsseldorf“ verstärkt auf die Tagesordnung nehmen.

Anregungen erwünscht

Gerne nehmen wir Ihre Anregungen und Kritik am R(h)einblick entgegen. Schreiben oder mailen Sie uns, was Ihnen an dieser Ausgabe des R(h)einblick nicht gefällt, was Sie vermissen oder Ihnen gefallen hat. Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf Luegallee 65 40545 Düsseldorf Telefon 0211 8995123 info@linksfraktion-duesseldorf.de



Pinker Protest gegen die ARGE

Die Ratsfraktion DIE LINKE. setzt sich im Rat und im Ausschuss für Gesundheit und Soziales mit Anträgen und Anfragen und in gemeinsamen Aktionen mit außerparlamentarischen Gruppen für eine Verbesserung der Lebenssituation der Menschen in Düsseldorf ein, die in Armut leben müssen.

Kürzungen

Die Entscheidungen der Merkel-Regierung in den vergangenen Monaten hat die Situation weiter verschlechtert. Auf der einen Seite wird die Regelleistung für Hartz-IV-Empfänger um fünf Euro erhöht und für Kinder ein jährliches 250-Euro-Paket geschnürt. In diesem Paket soll enthalten sein: Schulausflüge und mehrtägige Klassenfahrten, 100 Euro für Schulbedarf, die Finanzierung von angemessener „Lernförderung“, ein Zuschuss zu gemeinschaftlicher Mittagsverpflegung sowie 10 Euro pro Monat für „Teilhabe“, also Sportverein, Musikunterricht, Schwimmbad, Kino und ähnliches.

Anträge seit dem Bundesverfassungsgerichtsurteil gestellt wurden und wie vielen davon stattgegeben wurde.

Von Seiten der Stadtverwaltung und der ARGE gab es keine befriedigende Auskunft, da es keinerlei statistische Auswertungen gäbe. Allerdings wurden nach Schätzungen 80% der Anträge abgelehnt. Interessant ist die Frage, ob bei Klagen der Betroffenen doch hätte gezahlt werden müssen? Erfahrungsgemäß bekommt ein großer Teil der Betroffenen, die gegen Entscheidungen der ARGE klagen, auf gerichtlichem Weg Recht.

Die Erfahrung zeigt auch, dass weniger Anträge abgelehnt werden, wenn Betroffene einen Beistand zum Termin in die ARGE mitnehmen würden. Da viele Hartz IV-BezieherInnen dies nicht wissen, stellte die Fraktion DIE LINKE. im Ausschuss den Antrag, dass an allen Standorten der ARGEN Hinweisschilder angebracht werden, die die sogenannten „Kunden“ der Argen auf dieses Recht aufmerksam machen. Dies sollte allgemein verständlich und in

Garather BewohnerInnen Nebensache

Da wird in einer Bezirksvertretung mal bürgerInnennah gearbeitet und am Schluss steht der Satz: Das muss aufgeschoben werden, die Schuldenfreiheit ist wichtiger! Geschehen in der BV 10 Garath/ Hellerhof. Thema ist der Umbau des Nebenzentrums Garath Nordwest. Mit viel Elan und vielen Ideen bringen sich die GaratherInnen in die Planungen ein. In der Verwaltung wird ein Plan erstellt und in einer Sitzung der BV 10 vorgestellt. Anschließend gibt es eine BürgerInnenversammlung im Nebenzentrum und die GaratherInnen finden den Plan gut. Das geplante Nebenzentrum soll ein schöner Platz unter Platanen mit Sitzbänken, Blumenkübeln, Flächen für spielende Kinder, Radständer usw. bekommen, also ein Platz für gemeinsame Treffen der AnwohnerInnen. Und was passiert? Nichts! Kommentar von Vertretern der CDU in einer Sitzung der Bezirksvertretung: Der Umbau des Nebenzentrums stehe erstmal gar nicht zur Debatte. Die Schuldenfreiheit Düsseldorf sei oberstes Ziel und könne nicht mit einem Umbau des Nebenzentrums kaputt gemacht werden. Und Garath habe ohnehin schon viel zu viel bekommen. Das Engagement der AnwohnerInnen wird einfach übergangen. Sie sind Nebensache.

Wohnberechtigungsscheine kostenlos ausgeben

Zur Sitzung des Ausschusses für Wohnungswesen und Modernisierung am 15.11.2010 stellte die LINKE den Antrag, dass Wohnberechtigungsscheine ab 1. Januar 2011 kostenlos ausgegeben werden. Die LINKE sagt dazu: „Hier-von betroffen sind einkommensschwache Haushalte, die nur eine Sozialwohnung beziehen dürfen, wenn sie über einen Wohnberechtigungsschein verfügen. Sogar RentnerInnen, SchülerInnen und StudentInnen mit einem Einkommen von bis zu 20 Prozent unter der Grenze für die Wohnberechtigung müssen noch eine ermäßigte Gebühr zahlen.“ In Düsseldorf ist selbst mit Wohnberechtigungsschein nur schwer eine Wohnung zu finden. Deshalb ist die Erhebung von Gebühren für die Ausgabe von Wohnberechtigungsscheinen nicht vertretbar.“

Umdenken in der Verkehrspolitik

Schwarz-Gelb gefährdet die Umwelt und die Gesundheit der DüsseldorferInnen

Das Düsseldorfer Amt für Verkehrsmanagement hat für 2020 eine Zunahme des Kfz-Verkehrs um 14% prognostiziert. Diese Prognose wird von der schwarz-gelben Mehrheit in Rat und Verwaltung der Stadt Düsseldorf völlig kritiklos als Grundlage für die Verkehrsplanung hingenommen. Statt Alternativen durch ein verbessertes Angebot im Öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV) und durch Ausbau eines sicheren Radwegenetzes zu entwickeln, soll die Stadt Düsseldorf dem zunehmenden Kfz-Verkehr angepasst werden. Dies soll einerseits durch den Bau von vierspurigen autobahnähnlichen Zubringerstraßen bis ins Zentrum der Stadt Düsseldorf und andererseits durch eine sogenannte „Parkraumoptimierung“ geschehen, hinter der nicht die Optimierung bestehender Parkplätze steht, sondern zum großen Teil die Umwandlung von Bürgersteigen in Parkplätze.

Dieser Entwicklung setzt die Ratsfraktion DIE LINKE. der Landeshauptstadt Düsseldorf ihr Konzept für eine umwelt- und bürgerfreundliche Verkehrspolitik entgegen:

Die geplanten vierspurigen Umgehungsstraßen, der Bau der L 404n und die Untertunnelung des Jan-Wellem-Platzes und der bereits beschlossene Abriss des „Tausendfüßlers“ werden zusätzlichen Auto-Verkehr anlocken und Umwelt und Gesundheit der Menschen durch steigende Schadstoffbelastung und Lärm zunehmend belasten. Offensichtlich hat die finanzielle Situation der Stadt sich so verschlechtert, dass im Haushalt 2011 eine weiterführende Finanzierung der L 404n nicht mehr auftaucht. Aber das ist kein Grund zur Entwarnung. Bei einer Verbesserung der wirtschaftlichen Situation wird dieses unsinnige Projekt wieder auf der Tagesordnung stehen. Im übrigen ist nachgewiesen, dass der Bau der L 404n die Frischluftzufuhr aus der Düsselau in die Innenstadt unterbricht. Deshalb bleibt unser Antrag im Umweltausschuss aktuell, alle Baumaßnahmen in der Düsselau zu unterlassen um die Luftleitbahn zu erhalten.

Radwege ausbauen Gehwege erhalten

Unter dem irreführenden Begriff „Parkraumoptimierung“ hat die Stadtverwaltung Düsseldorf insbesondere durch Gehwegparken aus Bürgersteigen Parkplätze gemacht. Gehwege sind für FußgängerInnen, Menschen mit Gehhilfen, mit Kinderwagen, in Rollstühlen und für Kinder auf Fahrrädern gebaut und in ihren ursprünglichen Größen geplant. Bürgersteige sind nicht nur Gehwege, sondern auch Aufenthaltsflächen für Menschen, die sich dort treffen. Sie dienen Kindern für ihre ersten Erfahrungen

mit dem Fahrrad. Alle Versuche linker-BezirksvertreterInnen diese absurde Entwicklung zu stoppen sind an den neoliberalen Mehrheiten gescheitert. Diese Entwicklung muss gestoppt werden.

Die Ratsfraktion DIE LINKE hat beantragt, die Position Ausbau des Radwegenetzes im Haushalt 2011 von 751 000 auf zwei Millionen Euro zu erhöhen. Gemessen an den hunderten von verplanten Millionen Euro für überflüssige

notwendigen Mittel verschleudert. Nicht ein Prestigeobjekt verbessert die Situation, sondern viele einzelne wichtige Maßnahmen stärken die Attraktivität des ÖPNV.

Schadstoffbelastung senken

Der Leiter des Düsseldorfer Umweltamtes, Werner Görtz, musste Anfang 2010 zugeben, dass die Umweltzone nicht zu einer Verringerung der Stick-



Schwieriges Pflaster für FahrradfahrerInnen

© piqs.de unterbirken

Prestigeobjekte wäre dies sicherlich ein bescheidener Betrag. Auf vielen Kreuzungen sind inzwischen gut sichtbar Radwegmarkierungen angebracht, enden aber oft wenige Meter dahinter im Nichts oder am Kofferraum eines parkenden Pkw. Die Ratsfraktion DIE LINKE. fordert sichere Radwege auf den Fahrbahnen - auch auf Hauptstraßen, diebstahlsichere Abstellplätze an S-Bahnstationen, in Wohngebieten und an allen wichtigen Zielorten.

Busse und Bahnen attraktiv gestalten

Der Öffentliche Personen-Nahverkehr muss so attraktiv gestaltet werden, dass es sich für AutofahrerInnen lohnt auf Bus und Bahn umzusteigen. Hierzu ist es notwendig: Takt- und Anschlusszeiten zu verbessern, Bahnsteige für Bus und Bahn barrierefrei auszubauen, alle S-Bahnhöfe mit Fahrstühlen auszustatten, durch Ampelschaltungen und Fahrspuren störungsfreie Fahrt für Busse zu sichern und Angebotslücken zu schließen. Die Fahrpreise müssen konsequent gesenkt werden. Der Ausbau von P+R-Parkplätzen an den S- und U-Bahnhaltestellen am Rande Düsseldorfs wird viele Pendler bewegen, ihren Arbeitsplatz in Düsseldorf mit öffentlichen Verkehrsmittel zu erreichen. Durch den überflüssigen Bau der Wehrhahnlinie werden die für dieses Konzept

stoffoxide geführt hat. Stickstoffoxide entstehen bei der Verbrennung des Benzin-Luftgemischs in den Zylindern der Motoren. Es sind starke Atemgifte, die bereits in geringen Mengen bei Kindern zu Erkrankungen der Atemwege führen.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE, die stark belastete Ludenberger Straße in die Umweltzone einzubeziehen, wurde im vorigen Jahr ebenfalls von der schwarz-gelben Mehrheit abgelehnt. Die Umweltzone wird allerdings nur eine geringe Wirkung haben. Umweltgerechte Verkehrspolitik fordert immer einen Abbau des motorisierten Individualverkehrs zugunsten des Öffentlichen Personen-Nahverkehrs.

Hasselt, die Hauptstadt der belgischen Provinz Limburg hat es 1997 vorgemacht. Durch die Einsparung an klimaschädlichen Investitionen in Straßenneubauten war es möglich einen kostenlosen, öffentlichen Nahverkehr für Hasselt und Umgebung einzurichten. Der Autoverkehr nahm radikal ab und die Zahl der Fahrgäste ist von 1996 bis 2006 um 1260 Prozent (!) gestiegen. Dies ist nur ein Beispiel von vielen, dass man nicht wie ein Kaninchen vor der Autoschlange sitzen muss, sondern dass man etwas für die Umwelt, für die Gesundheit und Sicherheit der EinwohnerInnen tun kann. Der politische Wille muss allerdings da sein.

Maria Wachter ist tot

Immer noch keine öffentliche Ehrung der engagierten Antifaschistin

Kurz nach ihrem 100. Geburtstag ist die Düsseldorfer Kommunistin und Antifaschistin Maria Wachter am 18. August 2010 gestorben.

Als Mitarbeiterin der Bundesgeschäftsstelle der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, als Mitbegründerin des Fördervereins der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf, als Zeitzeugin und Gesprächspartnerin für SchülerInnen hat Maria Wachter dafür gekämpft, demokratisches Bewusstsein und eine antifaschistische Grundhaltung in der Gesellschaft zu verankern.

Seit 1930 Mitglied der KPD, hat sich Maria Wachter 80 Jahre lang für eine Ge-

sellschaft ohne ökonomische Ausbeutung und politische Unterdrückung stark gemacht. In der Nazizeit war sie im kommunistischen Widerstand. Als Mitglied der illegalen Leitung der Düsseldorfer KPD trug sie dazu bei, den Arbeiterwiderstand gegen Hitler zu organisieren. Nach 1945 war sie weiterhin Mitglied der KPD und wurde nach dem Verbot erneut inhaftiert.

Die Fraktion DIE LINKE fordert der Widerstandskämpferin und Antifaschistin Maria Wachter eine offizielle Anerkennung für ihr Lebenswerk auszusprechen, in dem man nach ihr eine Strasse benennt. Dazu würde sich eine der immer noch nach Nazis benannten Strassen eignen.



© Veronika Peddinghaus

60 Jahre Kommunisten Erlass

Hanns Kralik und Klaus Maase rehabilitieren



Wurfzettel von Hanns Kralik

Klaus Maase, der Düsseldorfer Baudezernent, wurde 1935 von den Nazis verhaftet, er saß im KZ Buchenwald. Der Düsseldorfer Kulturdezernent und zeitweilige Sportdezernent Hanns Kralik wurde bereits 1933 von den Nazis ins KZ Börgermoor deportiert, konnte fliehen und arbeitete in Frankreich im Widerstand gegen die Nazis.

Am 19. September 1950 wurde von der CDU-Regierung unter Konrad Adenauer ein Beschluss zur so genannten „Verfassungstreue“ der öffentlich Bediensteten in der Bundesrepublik Deutschland gefasst. Die Mitgliedschaft in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), im Deutschen Kulturbund, in der Freien deutschen Jugend (FdJ) oder in der KPD reichte damit aus, um zwangsläufig aus dem öf-

fentlichen Dienst entlassen zu werden.

Prominenteste Düsseldorfer Opfer des Adenauer-Erlasses waren die zwei Beigeordneten der Landeshauptstadt. Am 25. September 1950 wurden der Kulturdezernent Hanns Kralik und der Baudezernent Klaus Maase aus ihren Ämtern entlassen.

In einem Antrag forderte die Ratsfraktion DIE LINKE im September eine Wiedergutmachung für die ehemaligen städtischen Beigeordneten Hanns Kralik und Klaus Maase, die vor 60 Jahren aus ihren Ämtern entlassen wurden. Der Antrag die beiden endlich zu rehabilitieren wurde von der Mehrheit des Rates abgelehnt. Zudem wurde die Verantwortung und Zuständigkeit für die Entlassung abgelehnt und an den Bundestag verwiesen.

Friede den Gartenlauben

KleingärtnerInnen werden von der Stadt massiv zur Kasse gebeten

Kaum ist der Streit der KleingärtnerInnen und ihres Stadtverbandes mit dem Gartenamt wegen deren massenhafter Rückbau- und Abrissverfügungen nach Protestaktionen der „Laubenpieper“ weitgehend ausgeräumt, drohen neue dunkle Wolken über dem Parzelenhimmel.

Es geht um die Nebenkosten (Grundsteuer B und Straßenreinigungsgebühren). Sie steigen für viele Kleingartenvereine explosionsartig, wenn auch mit Unterschieden.

Kein Wunder, dass der Vorsitzende des Stadtverbandes der Kleingärtner, Peter Vossen, schon zu Beginn dieses Jahres in seinen Wünschen an die Verwaltung und die Politik beklagt: „...Was hat das noch mit dem Sozialcharakter im Kleingartenwesen zu tun, wenn Kleingärtner auf Grund und Boden der Stadt

Düsseldorf so zur Kasse gebeten werden...“.

Nachdem sich bei der Stadt bis Mitte des Jahres nichts rührte und nach einem Appell des Stadtverbandes der Kleingärtner an alle Ratsfraktionen, bohrte die Ratsfraktion Die LINKE nach.

Im Ausschuss für Öffentliche Einrichtungen und in den Bezirksvertretungen bezweifelten die VertreterInnen der Linken die Rechtsgrundlage für die Verweigerung der Grundsteuer-Befreiung und auch die Grundsteuerheranziehung für nicht verpachtete Anlagenflächen, wie sie in Düsseldorf praktiziert wird.

Zusätzlich werden einige Kleingartenvereine auch durch die Neuberechnung der Straßenreinigungsgebühr belastet.

Peter Vossen vom Stadtverband hierzu: „...Bis 2006 wurde nur eine Straße berechnet. Ab 2007 alle Straßen, die an

die Kleingartenanlage grenzen...“

Beispiele einiger Kleingartenvereine (KGV): Dem KGV Rosenhecke aus Bilk werden rückwirkend für die letzten Jahre für 17.000 qm Pachtland über 2.000 Euro pro Jahr in Rechnung gestellt. 2004 waren das nur 100 Euro.

Zwei weitere Beispiele: KGV Stieglitzstr. (33.000 m² Pachtland), von Null auf 6.000 Euro oder KGV Rather Broich, (46.000 m² Pachtland), von 1.800 auf 9.000 Euro. Da spielt es keine Rolle, ob es Straßen für den allgemeinen Verkehr wie der Südring oder auch andere Durchgangsstraßen sind.

Die Landesverfassung hebt die Förderung und Unterstützung eines sozialen Kleingartenwesens besonders hervor. Bis zum Gartenamt der Stadt Düsseldorf ist dies wohl noch nicht durchgedrungen.

Kostenloses und gesundes Mittagessen für Schulen und KITAS

Immer mehr Kinder gehen ohne Frühstück in die Schule und/oder können sich das in der Schule angebotene Mittagessen nicht leisten. Viele Kinder werden von ihren Eltern erst gar nicht am offenen Ganztagsunterricht angemeldet, weil sie das Mittagessen nicht bezahlen können.

In sechs Düsseldorfer Stadtteilen liegt der Anteil der Kinder, die im Hartz IV-Bezug sind, bei über 33 Prozent, in drei Stadtteilen der Anteil von Kindern unter drei Jahren, die auf Hartz IV angewiesen sind, bei 50 Prozent. 5600 Kinder leben in allein erziehenden Hartz IV-Haushalten.

Ohne ausreichende und gesunde Ernährung kann kein Kind lernen und konzentriert dem Unterricht folgen. Darüber hinaus wird diesen Kindern auch noch das gemeinschaftsstiftende Element des gemeinsamen Mittagessens genommen und sie kommen in eine Außenseiterposition. Die soziale Ausgrenzung und der soziale Abstieg werden so noch verstärkt.

Deshalb fordert die Fraktion DIE LINKE für alle SchülerInnen, die den offenen Ganztag in der Grundschule, die pädagogische Ganztagschule aller Schulformen und sonstige weiterführende Schulen, sowie auch den Kindern die eine KiTa besuchen ein kostenloses, gesundes Mittagessen im Rahmen der täglichen Mittagsverpflegung.

IMPRESSUM

Rheinblick

Herausgeberin:

Ratsfraktion DIE LINKE,
im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

Redaktion:

Lutz Pfundner, Angelika Kraft-Dlangamandla, Michael Friebe

Tel:

0211 89 95 123

Fax:

0211 89 29 588

email:

info@linksfraktion-duesseldorf.de

web:

www.linksfraktion-duesseldorf.de

V.i.S.d.P.:

Gilbert Yimbou

Druck:

Berliner Zeitungsdruck

Auflage:

15.000

Stadtwerke schlagen zu: Sieben Prozent Erhöhung der Strompreise ab 2011

Die Stadtwerke Düsseldorf gehören seit 2006 zu 54,95 Prozent dem badenwürttembergischen Energiekonzern EnBW. Die Stadt Düsseldorf hält nur noch knapp 25%. Dieser wertvolle Besitz der Stadt wurde 2006 verscherbelt. Im Jahr 2001 hatte eine überwältigende Mehrheit in einem Bürgerbegehren für den Erhalt einer kommunalen Mehrheit an den Stadtwerken Düsseldorf AG entschieden. Fünf Jahre später wurde in einer Nacht- und Nebelaktion der Verkauf von dem damaligen OB Erwin durchgeführt und später durch die schwarzgelbe Mehrheit im Rat bestätigt. Ein erneutes Bürgerbegehren mit über 90.000 Unterschriften wurde abgewiesen.

Jetzt zahlen die Düsseldorfer BürgerInnen die Zeche für diese Politik des Ausverkaufs. EnBW will die Preise ab 1. Januar um ca. sieben Prozent erhöhen. Diese Nachricht bekamen die BürgerInnen von den Stadtwerken. Es geht allerdings nicht um die Düsseldorfer Stadtwerke, es geht um die Profite des Energiegiganten EnBW. Dieser Konzern hat in den ersten neun Monaten 2010 einen Gewinn vor Steuern von 1,164 Milliarden Euro erwirtschaftet. Die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke spült den vier Energiekonzernen zusätzlich bis zu 100 Milliarden Euro Gewinne in die Kassen. Jetzt werden die privaten Haushaltskassen der BürgerInnen zusätzlich geschröpft. Die Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf fordert seit langem: Der Verkauf der Stadtwerke muss rückgängig gemacht werden.

Mehr Solaranlagen auf die Dächer

Die Ratsfraktion DIE LINKE fordert Ausbau der Bürgersolaranlagen

Bereits im Frühjahr 2010 fragte der Vertreter der LINKEN im Umweltausschuss an, ob die Stadt weitere Dächer für Bürgersolaranlagen zur Verfügung stellen wolle. Inzwischen konnte der Verein Düssel Solar e.V. im September die fünfte Bürgersolaranlage ans Netz bringen. Dieses Engagement für die Umwelt blieb auch der Stadtverwaltung nicht verborgen. So konnte die Vorsitzende des Vereins Düssel-Solar, Anja Vorspel, den Düsseldorfer Umweltpreis am 12. November aus der Hand des Oberbürgermeisters entgegennehmen. Anja Vorspel ist Mitglied der erweiterten Fraktion der LINKEN und dort für Umwelt und Verkehr zuständig.

Das Konzept des Vereins Düssel-Solar sieht die Beteiligung von vielen einzelnen BürgerInnen an Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Dächern vor. Die Stadt Düsseldorf stellt geeignete Dächer zur Verfügung. Bereits mit 500,- Euro ist für eine BürgerIn der Einstieg möglich. Dieses Programm ist ein Teilaspekt einer dezentralen Stromversorgung, die die Abhängigkeit der privaten Haushalte von den vier großen deutschen Atom-

Energiekonzernen letztlich auflösen soll. Diese behaupten immer wieder, die erneuerbaren Energien treiben die Strompreise nach oben. Das ist falsch. Hierbei gehen die Konzerne einseitig von Ihren Beiträgen zum Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) aus. Durch die Einspeisung der erneuerbaren Energie ins Stromnetz sinken allerdings gleichzeitig die Preise an der Leipziger Strombörse. Dies wird von den Konzernen verschwiegen. Fazit: Je mehr erneuerbare Energie, desto preiswerter der Strom an der Börse. Ob dieser Vorteil an die Kunden weitergegeben wird oder ob nur der Profit steigt, entscheiden die Energieriesen. Wie diese Entscheidungen ausfallen erfahren die BürgerInnen nach dem 1. Januar 2011, wenn sie ihre Stromrechnung erhalten.

In Düsseldorf wird die dezentrale Stromversorgung eine immer größere Rolle spielen. Da in einer Großstadt Windräder als Stromversorger ausfallen, spielen die Photovoltaikanlagen eine ganz bedeutende Rolle. Ein weiterer Punkt ist die in der Düsseldorfer Abfallentsorgung völlig ungenutzte Bi-

ogasgewinnung. Auch Kleinwindanlagen in Gewerbegebieten oder kleinere Laufwasserkraftwerke sind spannende Alternativen.

Das größte Potential allerdings sind die städtischen Dächer. Dies sind bereits versiegelte Flächen, die man einfach mit Photovoltaikanlagen oder bei Schwimm- und Sporthallen mit Solarthermien belegen kann. Leider wird das Engagement der BürgerInnen dadurch gebremst, dass zu wenig Dächer von der Stadt zur Verfügung gestellt werden. Außerdem gibt es in der Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung einen komplizierten und umfangreichen Ablaufplan, der die Initiativen verzögert und auch die MitarbeiterInnen der Stadt mehr als notwendig belastet.

Das Interesse der BürgerInnen übersteigt bei weitem das Angebot der Stadt an geeigneten Dächern. Die Ratsfraktion DIE LINKE fordert die Stadtverwaltung auf, auf breiter Ebene die BürgerInnen in ihrem Engagement zu unterstützen und alle geeigneten städtischen Dächer für Bürgersolaranlagen zur Verfügung zu stellen.



Mehr Sonne für Düsseldorf

Den R(h)einblick abonnieren

Der R(h)einblick ist die kostenlose Zeitschrift der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Düsseldorf. Die Fraktion DIE LINKE möchte mit dem „R(h)einblick“ über ihre Arbeit im Rat der Stadt und in den Ausschüssen informieren und damit auch zum Aufbau einer „Gegenöffentlichkeit“ in Düsseldorf beitragen. Denn in unserer Stadt bestimmen eine einseitige Berichterstattung der Tagespresse und das städtische Amt für Kommunikation in weiten Teilen, was veröffentlicht wird. Was nicht passt, wird nicht gedruckt. Viele Bürgerinitiativen, Vereine und Einzelpersonen müs-

sten das in den letzten Jahren ebenso erleben wie die Fraktion DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Der R(h)einblick wird umsonst verteilt. Damit auch Sie den R(h)einblick regelmäßig erhalten, können Sie ihn einfach abonnieren. Eine Postkarte oder eine E-Mail an die Fraktion DIE LINKE Düsseldorf genügt.

Fraktion DIE LINKE Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

info@linksfraktion-duesseldorf.de

